



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Tagebuch des deutsch-französischen Krieges 1870/71

Elpons, Paul von
Saarbrücken, [1894]

Sonntag, 10. Juli.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-66798](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-66798)

Bedeutung erlangen. Es ist vielleicht der Anfang eines für unsere Freiheit oder unsere politische Stellung verhängnisvollen Krieges; ganz gewiß ist es der Tag, an dem unsere dunkelhafte Regierung den vollen Beweis ihrer Unfähigkeit lieferte. Der Herr Siegelbewahrer kam und betheuerte seine leidenschaftliche Friedensliebe, nachdem der Herr Minister des Auswärtigen eine Note, welche im Ministerrath beschloffen worden, verlesen, die in den Augen jedes vernünftig denkenden Menschen im höchsten Grade den Frieden gefährdet. Diese Note ist in der That eine öffentliche Herausforderung an Preußen und Spanien, und macht es diesen zwei Mächten fast unmöglich, in anständiger Weise nachzugeben, wenn die Sache überhaupt zwischen ihnen verhandelt worden ist, was wir bis jetzt noch gar nicht wissen. Die Regierung weiß es ebenfalls noch nicht, und was das Beleidigendste für den gesunden Menschenverstand des Volkes ist, sie stellt ein Ultimatum auf und formulirt eine Note, während sie gleichzeitig bekennt, es fehle ihr noch an genügender Auskunft. Die Unterhandlungen, sagt sie, seien nicht zu ihrer Kenntniß gelangt. Wir wußten nicht, daß wir bei unsern geheimen Unterhandlungen mit dem Könige von Holland Luxemburgs wegen dem Könige von Preußen die Aufmerksamkeit erwiesen hätten, ihn von dem, was wir vor hatten, zu unterrichten, und unseres Wissens hat Herr von Bismarck es uns nicht als ein Verbrechen angerechnet, daß wir ihn nicht in unser Vertrauen gezogen. — Seit drei Tagen folgen einander die Ereignisse mit beispielloser Raschheit. Herr von Werther, der preussische Botschafter, wird nach St. Cloud berufen, spricht den Kaiser und reist eiligst nach Ems ab. Einzelne Blätter schreiben, er überbringe einen Casus belli. Jedenfalls wird er seine Regierung von der Aufregung in Kenntniß gesetzt haben, darin er unser Kabinet belassen. Jeden Tag können von ihm Depeschen eintreffen. Alles spricht dafür, daß man wenigstens hätte warten müssen, bis Herr von Werther zurückkam; aber man wartet nicht, bemüht die Interpellation des Herrn Cocherz und ersteigt hastig die Rednerbühne, erklärt, keinen Bescheid ertheilen zu können und antwortet dennoch, und zwar auf eine vielleicht nicht wieder gut zu machende Art. Wir aber fragen, heißt das handeln, wie vernünftige Männer, Männer, würdig die Geschäfte Frankreichs zu besorgen, handeln sollen? Ein solches Vorgehen ist alles Mögliche, Ungestim, Verblendung, aber Politik? Nein! Es müßte denn sein, daß dem Ungestim eine starke Dosis Berechnung zu Grunde läge, sowie der Wunsch, die Dinge zu beschleunigen, um unangenehmen Erklärungen und demüthigenden Geständnissen betreffs begangener Fehler vorzubeugen, oder daß man die erste Kriegsgelegenheit hätte benutzen wollen."

Unter dem heutigen Datum wird der Berl. „Nation.“ Btg. von Ems geschrieben: „Daß die französische Regierung seit 1866 einen tiefen Groll gegen Preußen hegt, ist bei jeder Gelegenheit hervorgetreten, und wenn sie nicht schon längst sich die Gemüthung zu verschaffen gesucht, welche sie nach ihrer Ansicht mit dem vollsten Recht beanspruchen konnte, so hat das nur an Mangel einer geeigneten Gelegenheit gelegen, Preußen zu isoliren. Diese Gelegenheit glaubt man jetzt bekommen; Gramont hat sie nach der Meinung dieser Leute sehr rechtzeitig ergriffen. Die Kandidatur Prinz Leopold's ist kein Grund, sondern nur ein Vorwand, endlich einmal alles das loszuwerden, was man im Jahre 1866 und seit demselben heruntergeschluckt. Die Chauvinisten sprechen das ganz unverhohlen aus; ihre Organe lassen es zwischen den Zeilen lesen, selbst die Offiziösen, wie der „Constitutionnel.“ Erklärt Preußen sich auch der Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern ganz fernstehend, ja verweigert ihm sogar der König die Ermächtigung, die Wahl der Spanier anzunehmen, die Zeit ist dennoch gekommen, wo Preußen mit Kolbenstößen in den Rücken vom linken Rheinufer geworfen werden muß. Das alles würde aber natürlich nicht das geringste Gewicht haben, wenn nicht die officiösen Zeitungen Artikelchen brächten, welche, natür-

lich bei geringerer „Lebhaftigkeit“ der Sprache ganz dieselbe Tragweite haben. Daß die Regierung nicht abgeneigt wäre, sich dieser Auffassungsweise anzuschließen, daran kann man leider noch zweifeln. Für sie ist nur die Haltung der übrigen Mächte, namentlich aber auch die Süddeutschlands maßgebend. Uebereilt mag sich der zögernde Napoleon denn doch nicht entschließen, denn ist der Einfluß Preußens groß, so ist sein eigener wahrlich noch viel höher. Seine indistincten Freunde werden übrigens schon dafür sorgen, daß die Rheinplänchen nicht verborgen bleiben. Ist das einmal klar, daß Frankreich nur eine Gelegenheit vom Saune brechen möchte, um sich zu vergrößern und für 1866 Revanche zu nehmen, so darf man in den Patriotismus Süddeutschlands das Vertrauen haben, daß es alle Spaltungen vergessen und mitwirken wird, dem Nachbar jenseits des Rheines die Wegegerei einmal gründlich zu legen."

Paris. Der „Königlichen Zeitung“ wird berichtet: „Ein Gerücht, der Kaiser Napoleon habe eine direkte Depesche vom Könige von Preußen erhalten, stützt sich darauf, daß gestern Herzog von Gramont und Marschall Leboeuf aus der Kammer zum Kaiser nach St. Cloud berufen wurden, um von dieser Depesche in Kenntniß gesetzt zu werden. Man vermuthet, daß die Depesche, wenn überhaupt angekommen, keine günstige gewesen. Reges Leben herrscht unter den hiesigen Diplomaten. Die fremden Botschafter halten fortwährend Beratungen mit dem Herzog von Gramont. Die Botschafter Englands und Oesterreichs sehen auch häufig den Kaiser. Ein Theil dieser Botschafter, besonders auch der russische, machen große Anstrengungen im Interesse des Friedens. Die zwei Divisionen der Armee von Paris haben Befehl erhalten, morgen nach dem Lager von Chalons abzugehen. Herr Benedetti soll heute um vier Uhr eine Unterredung mit dem Könige von Preußen in Ems haben."

Madrid. Die Zeitung „Imparcial“ veröffentlicht die vom Minister des Auswärtigen, Herrn Sagasta, dem Herrn Mercier, Gesandten von Frankreich, gemachten Erklärungen. Herr Sagasta beklagt sich darüber, daß die französische Regierung nach einander alle Kandidaten bekämpft habe, um die des Prinzen von Asturien (des späteren Königs Alfons XII.) zu begünstigen; er leugnet, daß Spanien der Politik Preußens folge; er bedauert die Empfindlichkeiten Frankreichs und erklärt, daß Spanien sich bemühen werde, die Projekte, die es für geeignet halte, durchzuführen, ohne daß der Wunsch nach Frieden es seine Würde vergessen lasse, sowie das Recht, welches es habe, über seine Geschicke mit voller Unabhängigkeit zu entscheiden."

Florenz. Die in Florenz erscheinende „Opinione“ meldet, daß der Fürst Karl Anton von Hohenzollern erklärt habe, seinem Sohne, dem Erbprinzen Leopold, die Zustimmung zur Annahme der spanischen Krone definitiv verweigern zu wollen.

Sonntag, 10. Juli.

Berlin. Der „Nat.“ Zeitung“ wird aus Paris geschrieben:

„Es ist bereits zum allgemeinen Stichwort geworden, die Versicherung, daß Deutschland an der spanischen Schwierigkeit keinen Theil habe, als eine wohlfeile Ironie, oder als ein Zeichen von Schwäche anzulegen und in journalistischen wie in höheren politischen Kreisen glaubt man heute die Situation mit dem eleganten Wort bezeichnen zu dürfen: la Prusse caner. Das Zeitwort caner hat seine Ableitung vom lateinischen canis und bedeutet: zurückweichen wie der Hund vor der Peitsche. So wird hier die neutrale Haltung des preussischen Cabinets zu der Frage beurtheilt. Aber, so geht das Raisonnement weiter, da hilft kein caner, wir werden sie zwingen, hervorzukommen und sich uns zu stellen. Wären es nur die Blätter, die so redeten und schrien, das hätte wenig zu bedeuten, aber man führt die gleiche Sprache auch höher hinauf. Fast sollte man glauben, daß der Kaiser und die Regierung den Krieg um

jeden Preis und unter jedem Vorwand suchen, für jetzt oder für die nahe Zukunft. Die zuverlässigsten Berichte aus den Regierungskreisen stimmen darüber überein, daß der Kaiser auf seine alten Tage von einem Feuer erfaßt worden ist, wie weder vor dem russischen, noch vor dem italienischen Feldzuge, daß er den festen Glauben an einen siegreichen Ausgang des Unternehmens hat und in seiner Exaltation am liebsten gleich selber zu Pferde steigen möchte, um die Armee nach dem Rhein zu führen, wenn die Sache schon so weit wäre und der leidige Rheumatismus nicht zur Vorsicht in den Bewegungen mahnte. Die Vereinnlichung, mit welcher die Nation alles Andere vergißt, um sich dieser Aufwallung zu überlassen, thut ihm wohl, sie hat ihm den Glauben an die eigene Stärke wiedergegeben, und wenn sich jetzt ein äußeres Sadowa erzielen ließe, so wäre das doch gar herrlich und ungleich mehr werth, als das innere Sadowa, von dem Ollivier geredet hat. Alle Minister, der Herzog von Gramont und Emil Ollivier voran, theilen die enthusiastische Stimmung ihres Souveräns, ja besitzen sie wohl noch in einem höheren Grade. Vorgestern zählten die beiden genannten Herren dem Gesandten eines neutralen Staates eine lange Vitane der Leiden Frankreichs auf und der Demüthigungen, die es seit 1866 von Preußen hingenommen habe: Königsgräb, die Garantieverträge, Luxemburg, der belgische Eisenbahnhandel, die Gotthardbahn und andere Sachen kamen darin vor. Jetzt, versicherten die beiden Minister, sei der Kelch am Ueberlaufen, die Einsetzung des Prinzen Leopold in Madrid werde nun und nimmer geduldet werden und Preußen müsse außerdem Garantie seines zukünftigen Wohlverhaltens liefern."

Wien. Auch hier beschäftigt der spanische Konflikt andauernd die Presse und die öffentliche Meinung in lebhaftester Weise. Die „Neue Fr. Presse“, ein preußenfeindliches Blatt, hält den Krieg Frankreichs mit Preußen bereits so gut wie gewiß und beschwört auf den „Uebermuth und die Nichtsachtung Preußens“ das strafende Urtheil des Weltgerichts herab. Die Ereignisse von 1866 hätten, sagt das genannte Blatt, eine Lage geschaffen, welche durch ein allgemeines internationales Mißtrauen gekennzeichnet werde. Der Schluß dieses Vergeltung heischenden Artikels jenseits der Kriegsnoth, welche früher oder später unausbleiblich über Europa hereinbrechen werde, die bekannte Aussicht auf ewigen Völkerfrieden, lautet:

„Es müssen gewaltige Zwischenfälle sich ereignen und die Hand des Schicksals hier und da schwer niederfallen, wenn die unnatürlichen, unerträglichen Zustände, welche der Absolutismus diesseits und jenseits des Rheines forterhält, eine andere als durch das Blut der Völker nur allzu theuer erkaufter Abänderung erfahren sollen. Es trennen uns noch tiefe Abgründe des Leidens von jener freien Versuchsstätte, auf der die bürgerliche Gesellschaft die einzige ihrer würdige Aufgabe zu lösen im Stande sein wird, ob sie durch die Freiheit zum Frieden oder durch den Frieden zur Freiheit zu gelangen habe.“

London. Der englische Botschafter in Paris, Lord Lyons, telegraphirte heute an den Minister Granville: „Der Herzog Gramont bemerkte mir, daß einfache Vorsicht gebiete, mit den militärischen Vorbereitungen nicht zurück zu sein. . . . Es sei nöthig, daß Frankreich mindestens ebensoweit sei, wie Preußen. . . . Die französische Regierung wolle auf eine kurze Zeit (z. B. 24 Stunden) jene großen ostensiblen Kriegsvorbereitungen (wie Einberufung der Reservisten), welche die öffentliche Stimmung in Frankreich in Brand stecken (inflame) würden, verschieben. Alle wesentlichen Vorbereitungen indeß müßten unverzüglich ausgeführt werden. Die französischen Minister würden unweise sein, wenn sie es darauf ankommen lassen wollten, Preußen durch ausweichende Vorwände einen Zeitgewinn zu gestatten. . . . Wenn der Prinz Leopold jetzt auf den Rath des Königs von Preußen hin seine Kandidatur zurückzöge, so würde die ganze Angelegenheit erledigt

sein. . . . Wenn aber der Prinz nach seiner Berathung mit dem König darauf beharre, als Kandidat für den spanischen Thron aufzutreten, dann werde Frankreich sofort gegen Preußen den Krieg erklären.“

Paris. Die „Patrie“ sagt in Erwiderung auf den Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, Preußen müsse dem Prinzen von Hohenzollern befehlen, seiner Kandidatur zu entsagen, und der Streit werde alsdann friedlich geschlichtet sein.

Der „Constitutionnel“ schreibt:

„Preussische Blätter versichern mit einer Mäßigung der Sprache, der wir gern unsere Anerkennung zollen, daß Preußen der Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern ganz fern stehe. Wenn dem so ist, so gibt es zwischen den Kabinetten von Paris und Berlin keine Mißstimmung mehr. Aber die Versicherungen der deutschen Zeitungen können nicht genügen. Ist Preußen wirklich nicht in die Unterhandlungen zwischen Prim und dem Prinzen Leopold verwickelt, so kann es leicht seine Aufrichtigkeit dadurch erweisen, daß es den Prinzen nöthigt, die gegebene Zusage zurückzunehmen. Man weiß, daß der Prinz direkt unter der Autorität des Königs steht. Der Friede Europa's liegt also heute in der Hand Preußens.“

Ein anderer Artikel des „Constitutionnel“ sagt:

„Zum Sonntag Abend oder Montag früh wird die Antwort erwartet, die Benedetti in Ems erwirken soll. Fällt diese nicht befriedigend aus, so würden die Maßregeln, die erforderlich sind, um nöthigenfalls mit den Waffen die Rechte Frankreichs zu unterstützen, unverzüglich getroffen werden. Schon jetzt ist die Wachsamkeit der Regierung darauf gerichtet, diesen möglichen Fall vorzusehen.“

Eine weitere Note des „Constitutionnel“ theilt mit, daß die französische Regierung heute die erste Meinungsäußerung des preussischen Kabinetts empfangen hat, welche absolut jedes Interesse an der Kandidatur Hohenzollern in Abrede stellt. Das genannte Blatt meint, diese Erklärung könne Frankreich nicht genügen; der König von Preußen seinerseits müsse („müsse“ — sagt es) dem Prinzen von Hohenzollern jede Autorisation zur Annahme der spanischen Krone verweigern.“

Im „Siccle“ wird die Lage von einem neuen Gesichtspunkte aus besprochen. „Die in ihrem Selbstgefühl von einer anderen Nation beleidigten Nationen, sagt das Blatt, suchen immer ihre Revanche zu nehmen. Das ist von jetzt an der Fall mit Preußen und Spanien. Die Erklärung des Herrn von Gramont, möge die kaiserliche Regierung es wollen oder nicht, macht den Krieg in einer näheren oder ferneren Zeit unvermeidlich. Die Regierung fühlt sich nicht hinreichend besetzt durch das Plebisit, die Logik ihres Ursprungs drängt ihm die Sanction des Sieges auf; sie kann nicht anders ganz wieder aufkommen als auf dem Schlachtfelde. Seit das Kaiserreich existirt, unterwirft es etwa alle fünf Jahre das Land einem Zufallsspiel (va tout) dieser Art.“

Paris. Der „Siccle“ schreibt ferner: „Die Ereignisse nehmen einen unglaublich raschen Fortgang, und der Befehlgebende Körper weiß offiziell nichts von dem, was vorgeht. Wir sind vielleicht am Vorabend einer Kriegserklärung gegen Preußen! Und warum? Weil ein spanischer General intrigirt hat, um einen preussischen Prinzen auf den Thron von Spanien zu setzen. Ehe noch Spanien über die Wahl des Monarchen, den man ihm vorschlägt, befragt worden ist, ohne jede weitere Auseinandersetzung sollen nur deshalb, weil eine hochmüthige Erklärung eine nicht demüthige Antwort erhalten hat, zwei Völker sich aufeinander stürzen, sollen Hunderttausende von Bürgern, die berufen sind, den Boden mit ihrer Arbeit zu befruchten, die Familien-, städtische und vaterländische Interessen zu verteidigen haben, sich gegenseitig ohne Erbarmen umbringen! Obgleich alle heute Abend einkaufenden Nachrichten einer friedlichen Lösung entgegen sind, können wir noch immer nicht glauben, daß der Wille einiger Menschen allein genügte, uns in die Greuel und das Verderben des

Krieges zu stürzen. O, wenn unsere Nationalehre bedroht wäre, würde ganz Frankreich sich erheben, um Genugthuung zu verlangen. Da würden wir Alle einmütig sein. Aber nein! Wir wollen nicht, daß der Prinz Leopold König von Spanien sei, und wir wissen ja gar nicht einmal, ob Spanien ihn zum König haben will. Alle geschichtlichen Ueberlieferungen der Halbinsel beweisen im Gegentheil, daß es, wie wir, den fremden Prinzen, den man ihm aufzwingen würde, zurückweisen würde. Und wir sollten uns aus diesem ganz unzulänglichen Grunde dem blutigen Spiele der Schlachtfelder aussetzen? Wenn wir siegen, was würden wir thun? Werden wir darum etwas mächtiger? Hätten wir nicht einen leidenschaftlichen Haß gegen uns erregt, wenn wir besiegt würden . . . aber wir wagen gar nicht, diesen Fall ins Auge zu fassen. Mögen denn diejenigen, deren Entscheidungen jetzt entscheidend sind, die furchtbare Verantwortlichkeit, welche auf ihnen lastet, wohl bedenken! Wir wiederholen: Von dem beleidigten Frankreich kann man alle erdenklichen Opfer fordern. Aber wo ist die Beleidigung?"

Paris. Die „Presse“ schreibt: „Am dem Tage, wo ein französisches Regiment die Grenzen überschritten haben wird, kann nicht mehr die Rede vom Marschall Prim, noch vom Prinzen Leopold, noch vom spanischen Thron sein. Es wird sich darum handeln, die dauernde Demüthigung zu rächen, welche Frankreich seit vier Jahren auferlegt worden.“

London. Der „Observer“ erachtet Preußens Haltung logisch für unangreifbar; die Situation sei eine bedenkliche, aber keinesfalls hoffnungslose.

Madrid. Wie vorauszusehen war, haben hier die Erklärungen des Herrn von Gramont im französischen Parlamente durchaus nicht die beabsichtigte Wirkung hervorgerufen. Der spanische Nationalstolz bäumt sich gegen jede Bevormundung; das sicherste Mittel, selbst eine Krone wieder auf den Thron ihrer Väter zurückzuführen, wäre ein Einspruch, wie ihn das Pariser Kabinet gegen den Prinzen Leopold von Hohenzollern ausgesprochen hat. Die progressiv-demokratische Presse erklärt sich einstimmig für den neuen Kandidaten; Gegner desselben sind die Förderalisten und vor allem die Anhänger der vertriebenen Bourbonen. Die enthusiastischsten Vorkämpfer des Prinzen sind der „Imparcial“, die „Nacion“ und die „Iberia“. Aus dem Leitartikel des letztgenannten Blattes sei folgende Stelle hervorgehoben: „Sobald das Pariser Kabinet die Sachlage eingehender studirt haben wird, kann dasselbe unmöglich fortfahren, durch künstlich geschaffene Hindernisse unserer Aktionsfreiheit zu nahe zu treten. Die Wahl des Prinzen Leopold bedeutet keineswegs eine Annäherung an Preußen zum Schaden einer dritten Macht; sie ist im Gegentheil dazu angethan, die Beziehungen Spaniens zu sämtlichen Großmächten in angenehmster Weise zu gestalten. Sollte man in Paris dabei beharren, uns zu beschränken, so würde man seine Absicht nicht erreichen. Wir kennen die Aufgabe einer freien Nation; wir lieben unser Recht, unsere Unabhängigkeit, unsere Ehre. Der Stolz des Spaniers wird die Annäherung eines französischen Ministers um keinen Preis ertragen.“

Madrid. Die spanische Regierung hat ihre Vertreter an den Höfen ermächtigt, in kategorischer Weise zu erklären, daß die Kandidatur des Prinzen Leopold nicht in einer Frankreich oder seiner Regierung feindlichen Weise aufgestellt worden sei, sowie daß Marschall Prim sich nicht an Herrn von Bismarck gewandt hätte, um die Zustimmung des Königs von Preußen zu erlangen. Vielmehr seien die Verhandlungen ausschließlich mit dem Prinzen Leopold geführt worden ohne jede Mittheilung an den Grafen Bismarck.

Montag, 11. Juli.

Gms. Graf Benedetti bringt wiederholt in den König, den Erbprinzen zum Verzicht auf die Thronkandidatur zu veranlassen. Der König weist diese Zumuthung zurück. — Nachmittags. Der preussische Botschafter am französischen Hofe, Baron von Werther, hat sich heute Nachmittag von Sr. Majestät dem Könige verabschiedet und wird Abends 7¼ Uhr nach Paris zurückkehren.

Berlin. Die „Norddeutsche Allgemeine Ztg.“ bespricht einen Artikel des Pariser „Pays“ und konstatiert, daß das von Frankreich erhobene Kriegsgeschrei dießseits des Rheins ohne Echo geblieben sei. Das Blatt mißbilligt nochmals ganz entschieden die Erklärungen des Herzogs von Gramont; derselbe habe wissen müssen, daß Preußen nichts zur Wahl der spanischen Regierung gethan habe und daß wir deshalb auch nichts dagegen thun können, ohne uns zu erniedrigen. Preußen habe keine Berechtigung, also auch keine Verpflichtung zu den ihm angebotenen Diensten. Es heiße, Händel suchen, wo keine von selbst erwachsen wollen, und wenn dies die Absicht des Herzogs von Gramont sei, so möge er doch zweimal zusehen. Auf die Forderung der „Bosjischen Zeitung“, der Minister des Auswärtigen möge in Betreff der Thronkandidatur keine Verpflichtungen eingehen, die später mit Eisen und Blut eingelöst werden müßten, bemerkt das Blatt: Wir dürfen erklären, daß dieses Verlangen mit der Ansicht der Regierung übereinstimmt.

Die „Berliner Börsen-Ztg.“ schreibt: „Es giebt kaum eine verkehrtere und unpatriotischere Auffassung der gegenwärtigen Sachlage, als sie gestern in der „Bosjischen Zeitung“ zu Tage tritt, indem darin dargelegt wird, daß es sich in der gegenwärtigen französisch-preussischen Konfliktfrage lediglich um eine Frage von dynastischem Interesse handele und daß eben deshalb die preussische Regierung an einen Rückzug zu denken habe. Ist es eine dynastische Frage, so ist sie es höchstens für Frankreich. Wenn aber, wie es es jetzt geschieht, die französische Regierung aus einer solchen Veranlassung an die preussische das Verlangen stellt, sich durch ein Verbot, welches sie an den Prinzen von Hohenzollern erlassen soll, in eine Frage einzumischen, die man hier bis dahin völlig unbeachtet gelassen hat, so wird die Frage recht eigentlich zu einer politischen, und das geringste Nachgeben gegen eine unberechtigte französische Forderung würde eine Demüthigung Preußens dokumentiren, welche die Gesamtheit aller rechten und moralischen Erwerbungen der letzten Jahren vernichten müßte. Man kann ohne Weiteres sagen, Preußen würde auch in Deutschland keine Bedeutung mehr haben, wenn es zum zweiten Male (zum ersten Male in der Luxemburger Angelegenheit) einer französischen Forderung, bloß weil sie von jener Seite kommt, sich fügte. Es handelt sich daher wahrlich um eine politische Machtfrage der eklatantesten Art, um die Zurückweisung einer Injulte, die man in raffiniertester Weise von Paris aus Preußen zufügen will.“

Wien. Trotz der amtlichen Dementirung der Nachricht, daß von Seite des Kriegsministeriums mehrere Batterien in Kriegsbereitschaft gesetzt wurden, ist dieselbe nichtsdestoweniger wahr und wird von den Journalen aufrecht erhalten. Das zeigt, daß es mit der berühmten Neutralität unserer Regierung nicht weit her ist, und wäre in der That auch nicht anzunehmen, daß sich Graf Beust die schöne Gelegenheit zur Einmischung entgehen lassen werde. Es ist als selbstverständlich anzunehmen, daß die österreichische Regierung im Kriegsfall auf Seite der französischen Regierung zu finden sein wird, denn die Wunde von 1866 ist ja noch nicht vernarbt und das Haus Habsburg wird seinem Haß gegen die Hohenzollern im vergossenen Blute von Tausenden von Staatsbürgern Ausdruck geben.

Paris. Michelet, der bekante republikanische Geschichtsschreiber, richtet an den „Rappel“ folgenden Brief: „Niemand will den Krieg. Und doch will man ihn unternehmen, oder Europa glauben machen, daß wir ihn wollen.“